

Quelle: sz-online/Sächsische Zeitung  
Dienstag, 16. März 2010

## Die Bürger haben ein Recht auf Wahrheit

### Leserbrief

Zur Debatte um eine Überprüfung von Wachauer Gemeinderäten auf eine frühere Mitarbeiter bei der Staatssicherheit der DDR schreibt Matthias Grahl aus Wachau:

In der jüngsten Wachauer Gemeinderatssitzung ist durch die Offene Bürgerliste verhindert worden, dass eine Überprüfung der Gemeinderäte auf Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst der DDR erfolgt. Ich finde es erschütternd, dass eine Bürger-Liste den Bürgern derart das Recht auf Wahrheit abspricht. Bei der Auflösung der Stasi 1990 sind die Offiziellen und Inoffiziellen Mitarbeiter mit einem klaren Auftrag entlassen worden: Sie sollten mit allen geeigneten Mitteln eine positive Entwicklung des demokratischen Systems verhindern! Viele ehemalige Mitarbeiter fühlen sich bis heute diesem Auftrag verpflichtet, sie können das Scheitern der kommunistischen Diktatur nicht verwinden. Als Bürger unserer Gemeinde muss ich das Recht haben zu wissen, welcher frühere Stasimitarbeiter heute in meinem Gemeinderat sitzt. Nur so kann ich doch hinterfragen, ob er tatsächlich vom Wohl der Gemeinde in der Zukunft oder möglicherweise eher von seinem alten Auftrag geleitet wird! Wir haben in Wachau in den letzten Jahren höchst merkwürdige, extreme und hasserfüllte Diskussionen um Themen erlebt, die eigentlich sachlich besprochen werden könnten. Dass gerade die Bürgerliste jetzt offenbar Angst davor hat, dass bekannt wird, wer hier noch Mielkes alten Befehlen gehorcht, lässt manches in einem ganz anderen Licht erscheinen.

---

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2412910>

---